

## Christian Wolff

# Wie bleibt Demokratie lebendig und was kann Kirche dazu tun? - Zivilgesellschaftliche Erfahrungen als Pfarrer in Leipzig und Blogger im Netz

Vortrag auf der Tagung „Machtlose Politik und mussmutige Bürger – Wie kann die Demokratie ihre Bewährungsprobe bestehen?“

Evangelische Bildungs- und Tagungsstätte Bad Alexanderbad, 09.-11. September 2016

### 1 Kirche und Demokratie

Es war der Sozialdemokrat und ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der insbesondere der Evangelischen Kirche immer wieder vorgehalten hat, dass sie viel zu spät ein normales Verhältnis zur Demokratie gefunden habe (und deswegen hat er sich auch sehr ungerne von den Kirchen kritisieren lassen). Schmidt behauptete, dass „*die Demokratie und der Rechtsstaat nicht als Kinder der christlichen Religion, sondern vielmehr im Kampf mit den christlichen Kirchen und den ihnen verbundenen Obrigkeiten entstanden*“ sei (Helmut Schmidt, Religion in der Verantwortung, S. 248). Dafür lassen sich viele Belege finden. Wir sollten auch nicht vergessen, dass in Deutschland die Evangelische Kirche erst nach 1945 ein positives Verhältnis zur Demokratie entwickelt hat. Auf der anderen Seite ist es unstrittig, dass viele Entwicklungen der Reformation als Keimzelle der modernen Demokratie angesehen werden können (man denke nur an die 12 Artikel der Bauern von 1525, an die Schottische Konfession von 1560 oder an den „Convenant der Mayflower-Pilger“, ein Vorläufer der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung). Man erinnere sich aber auch, dass zu DDR-Zeiten die Synoden der Kirchen ein Ort demokratischen Diskurses und auch eine Keimzelle der Friedlichen Revolution waren. Wir sehen allein schon daran, dass das Verhältnis der Kirchen zur Demokratie zumindest sehr widersprüchlich war und ist.

Allerdings möchte ich Helmut Schmidt widersprechen, wenn er behauptet, dass die Bibel weder Menschenrechte noch Demokratie kenne. Sicher: die Begriffe kommen so nicht in der Bibel vor. Aber von einer Grundaussage der Bibel können, ja müssen wir universal gültige Menschenrechte, Pluralität und ein demokratisches Miteinander ableiten:

*Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zu seinem Bilde schuf er ihn.*

1. Mose 1,28

Im Konfirmandenunterricht habe ich Jugendlichen diese Aussage so erklärt: Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes – im Sinne von: *ein Stück von Gott* in des Wortes doppelter Bedeutung: der Mensch ist von Gott gemacht und ist ein Teil Gottes, trägt also eine göttliche Würde in sich. Dieses gilt für alle Menschen. Muslime, Hindhus, Atheisten sind eben keine Unglücksfälle der Schöpfung. Darum steht die Schöpfungsgeschichte am Anfang der Bibel und ist letztlich nur interreligiös zu verstehen. Wenn wir uns als Christen im Apostolischen

Glaubensbekenntnis zu Gott als dem „Schöpfer des Himmels und der Erde“ bekennen, dann müssen wir in jedem Menschen ein Geschöpf Gottes sehen, das mit Recht und Würde gesegnet ist. Davon leiten sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau und soziale Verantwortung füreinander ab, aber auch die Würde des Menschen, der durch sein Tun und Lassen dieser göttlichen Bestimmung nicht gerecht wird. In diesem Sinn ist auch prophetische Kritik an der Politik der Könige Israels zu verstehen. So verstehe ich auch die kritischen Bemerkungen Jesu an Hierarchien. Dazu verweise ich auf Markus 10. Dort wird eine Auseinandersetzung um Oben und Unten in der Jüngerschaft geschildert. In diesem Zusammenhang sagt Jesus:

*Ihr wisst, die als Herrscher gelten, halten ihre Völker nieder, und ihre Mächtigen tun ihnen Gewalt an. Aber so ist es unter euch nicht; sondern wer groß sein will unter euch, der soll euer Diener sein; und wer unter euch der Erste sein will, der soll aller Knecht sein.*

Markus 10,42ff

Leider hat es bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gedauert, dass ein Karl Barth in seiner grundlegenden Schrift „Rechtfertigung und Recht“ 1936 ausgeführt hat:

*Die Phrase von der gleichen Affinität bzw. Nichtaffinität aller möglichen Staatsformen dem Evangelium gegenüber ist nicht nur abgenützt, sondern falsch. Daß man in einer Demokratie zur Hölle fahren und unter einer Pöbelherrschaft oder Diktatur selig werden kann, das ist wahr. Es ist aber nicht wahr, dass man als Christ ebenso ernstlich die Pöbelherrschaft oder die Diktatur bejahen, wollen, erstreben kann wie die Demokratie.*

Für mich steht also außer Frage, dass Kirche nicht nur das prophetische Wächteramt in einer Gesellschaft wahrzunehmen hat. Kirche hat auch eine klare Option für die Demokratie auszusprechen. Schließlich ist die Demokratie die dem Evangelium gemäße Form des staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dies geht aber glaubwürdig nur, wenn sie im Innern Demokratie walten lässt, wenn sie Gottesdienst, Unterricht, Seelsorge auch als Beitrag zu einem demokratischen, pluralen, gleichberechtigten Miteinander versteht. In meinen Augen ist sie ein unbedingtes Erfordernis kirchlicher Arbeit: die politische Bildung als Teil der gemeindlichen Arbeit wie der Ausbildung der Theologen. Dass hier riesige Defizite bestehen, kann uns nicht genug beunruhigen.

Wenn man sich nun fragt, was denn die Biblische Botschaft inhaltlich politisch austrägt, so möchte ich auf Carl Amery zurückgreifen. In seinem sehr lesenswerten Buch „Hitler als Vorläufer? – Auschwitz, der Beginn des 21. Jahrhunderts?“ setzt sich Amery mit den diktatorischen, autokratischen Systemen des 20. Jahrhunderts wie den Stalinismus und den Nationalsozialismus auseinander, um der Frage nachzugehen:

*Müssen wir Unmenschen werden, um die Menschheit zu retten?*

Übrigens: Diese Frage steht hinter den so saloppen Formulierungen wie „*Wir können doch nicht die ganze Welt retten*“ oder „*Wir doch nicht das Sozialamt Europas*“, um damit die Aushebelung von Grundwerten zu begründen. Diese Frage steht auch im Raum, wenn ein „Krieg gegen den Terror“ geführt und damit gegen Menschenrechte verstoßen wird. Amery kommt zu dem Schluss, dass Hitler diese Frage eindeutig mit JA beantwortet hat (Stalin, Pol Pot, Mao Tsedong auch). Darin sieht er den Grund, warum gerade diese Systeme – und vor allem Hitler - Juden und die jüdisch-humanistische Tradition, zu der ich das Christentum zähle, verfolgt haben:

*... er (Hitler) meinte die jüdisch-humanistische Botschaft schlechthin – die Botschaft von der Friedfertigkeit, von der Erhaltung des schwachen und gekränkten Lebens, von der Notwendigkeit der Diskussion und des Kompromisses.*

Inhaltlich ist damit sehr schön beschrieben, worauf es auch heute ankommt: Frieden, die Würde des einzelnen, insbesondere auch des beschädigten Lebens, freie Meinungsäußerung, demokratischer Diskurs und Bereitschaft zum Kompromiss. Gerade Letzteres ist für die Populisten ein Fremdwort und gerät im Echo-Raum des Internets völlig aus dem Blickfeld.

## **2 Die Krise der Demokratie**

Es ist also für mich keine Frage, dass Kirche und vor allem im Dienst der Kirche stehende Personen eine besondere Verantwortung für die Demokratie tragen – und darum dann gefordert sind, wenn diese zu erodieren droht. Das ist derzeit der Fall. Meine Erfahrung seit 1992 ist auch, dass es gerade in Ostdeutschland an Demokratie-Akzeptanz mangelt. Das ist kein Wunder. Denn diese sollten die Menschen sich aneignen, als sie schon in Westdeutschland in eine Krise geraten war. Der „Aufbruch zur Demokratie“ 1989/90 war viel zu kurz, als dass er sich hätte etablieren können und wurde viel zu schnell überlagert von einem Anpassungsdruck im Einigungsprozess. Für mich hatte diese Erkenntnis zur Folge, dass ich seit 1992 meine ganze gemeindliche Arbeit als Beitrag zum demokratischen Diskurs verstanden habe: So habe ich Religions- und Konfirmandenunterricht, aber auch andere Gemeindegruppen als einen Meinungsbildungsprozess aufgebaut und als eine Einübung in die Streitkultur verstanden. Ebenso habe ich das gemacht, was ich heute im Blog betreibe: Positionspapiere verfassen, um Gedanken zu ordnen, um ein Angebot für eine mögliche Haltung zu machen und Debatten zu initiieren – und diese auch in die Stadtgesellschaft zu tragen.

Eine ganz wichtige Aktion war – lange vor Pegida/Legida – eine Bürgerinitiative zu gründen, um einen Ausgleich zu schaffen zwischen Wohnen, Veranstalten, Sich Vergnügen zu schaffen. Es ging vor allem um Lärm, aber auch um den Grundwert der gegenseitigen Rücksichtnahme. Wesentlich war auch, Erfahrungsfeld in der Demokratie zu schaffen: Protest ist notwendig, Einmischen lohnt sich, Veränderungen können erzielt werden. Allerdings hatte ich viel damit zu tun zu vermitteln: mein Bedürfnis steht vielen anderen Interessen gegenüber. Es reicht

nicht zu sagen: Ich will Ruhe. Ich muss mich auf den anderen einlassen und kann auch nicht erwarten, dass alle städtischen Verordnungen sofort in meinem Sinn geändert werden. Auf der anderen Seite muss eine Verwaltung kapieren, dass sie im Dienst des Bürgers, der Bürgerin steht.

2011 kam es in Leipzig mit der beabsichtigten dezentralen Unterbringung von Flüchtlingsfamilien zu Protesten und Widerständen in der Bevölkerung. Interessanterweise waren diese in den bürgerlichen Stadtteilen sehr viel heftiger als in sozial problematischen. Auch wurden die Proteste zunächst von der „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ) noch befeuert. Die Situation änderte sich aber entscheidend, nachdem wir die Stadt dazu bringen konnten, einen Runden Tisch beim Oberbürgermeister einzurichten, an dem von der IHK bis hin zu studentischen Initiativen alle in der Flüchtlingsarbeit Engagierten teilnahmen. Auch wurden Bürgerversammlungen anberaumt. Nach vielen Gesprächen änderte auch die LVZ ihre Berichterstattung. Sie rief ein durchaus erfolgreiches Patenschaftsprogramm ins Leben.

Entscheidend für jede Form von Demokratiewerk sind für mich drei Dinge:

1. Wir stehen immer vor der Aufgabe, uns so verschiedene Menschen als Geschöpfe Gottes anzuerkennen und uns gegenseitig abzuverlangen, diesem Geschenk gerecht zu werden.
2. Protest, Kritik ist ein notwendiger Teil demokratischer Streitkultur. „Alternativlosigkeit“ (TINA) ist der Tod im Topf.
3. Jede Aktion muss vom Ende her gedacht werden und sollte möglichst rasch ein Erfolgserlebnis zeitigen.

### **3 Willkommen in Leipzig**

Als ich Mitte November 2014 erstmals von Pegida in Dresden hörte, hatte ich zwei Gedanken:

- Die NPD, die nach den Landtagswahlen in Sachsen im August 2014 knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte, hat sich nicht in Luft aufgelöst, genauso wenig wie das rechtsradikale Wählerpotential, das sich nach wie vor um die 15 bis 20 Prozent bewegt.
- Pegida ist eine der Folgen des Sarrazin-Hypes 2010ff, der übrigens in Dresden seinen größten Erfolg hatte – vor einem sehr bürgerlichen Publikum.

Als dann bekannt wurde, dass Anfang Januar 2015 in Leipzig ein Pegida-Ableger, nämlich Legida (Leipziger Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) aufmarschieren will, habe ich zusammen mit anderen ein Willkommens-Bündnis organisiert. Unter dem Motto „*Willkommen in Leipzig – eine weltoffene Stadt der Vielfalt*“ gelang es, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien (bis auf die CDU, aber immerhin Mitglieder der CDU), Oberbürgermeister Burkhard Jung, alle Bürgermeister, die Rektor/innen aller Hochschulen, IHK und Handwerkskammer und viele Bürgerinnen Bürger zu vereinen. Sie riefen zu einer großen

Demonstration an dem Tag auf, an dem Legida zum ersten Mal in Leipzig aufschlagen wollte. In dem Aufruf hieß es:

***Wir treten ein***

*für das Grundrecht auf Asyl*

*für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen*

*für eine Willkommenskultur für Einwanderer*

*für religiöse und weltanschauliche Vielfalt*

*für die Achtung unterschiedlicher Lebensentwürfe*

*für eine demokratische Streitkultur*

*für Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der gesellschaftlichen Entwicklung*

***Demokratie kann nur von allen Bürgerinnen und Bürgern verantwortet und gestaltet werden.***

Ergänzt um die Forderung einer intensiven Integrationsarbeit hat dieser Aufruf bis heute Bestand – auch deshalb, weil in ihm ausschließlich positive Ziele formuliert werden und er sich nicht an Pegida/Legida abarbeitet. 2015 hat sich in dem Netzwerk folgende Arbeitsweise herausgebildet: Wir versuchen nicht, alle Beteiligten auf eine einheitliche inhaltliche Position zu verpflichten. So gibt es neben dem Willkommens-Bündnis in Leipzig noch folgende Initiativen: No-Legida (Mobilisierung über Facebook), Leipzig nimmt Platz (alternative Szene), Legida läuft nicht (Studierende der Hochschulen) und der Erich-Zeigner-Haus e.V.. Keine Zusammenarbeit gab und gibt es mit den sog. Antifa-Gruppen. Ihre leider mehrfach unter Beweis gestellte Gewaltbereitschaft verbietet jede Kooperation. Wer Gewalt von vornherein plant, wer Steine oder Brandsätze in Büros oder Wohnungen von politischen Gegnern wirft, wer sich selbst einer menschenverachtenden Sprache bedient, darf auf keinerlei Solidarität hoffen – dessen Ziele können auch nicht die unsrigen sein. Bei allen Aktionen hat es sich als sehr hilfreich herausgestellt, dass das Friedensgebet in der Nikolaikirche Auftakt und Wegweisung war für die unterschiedlichen Demonstrationen und Kundgebungen.

Immerhin gelang es durch diese Bündnisstruktur, dass am 12.01.2015 über 35.000 Menschen sich an den Demos und an der gemeinsamen Kundgebung beteiligten – bei 4.000 Teilnehmer/innen an der Legida-Demonstration. Auch konnte so erreicht werden, dass

- die Teilnehmerzahl von Legida kontinuierlich schrumpfte: von 4.000 auf ca. 300-400 – und das nur noch alle vier Wochen;
- immer mehr Gegner/innen von Legida auf der Straße waren als Teilnehmer/innen an den Legida-Kundgebungen;
- rechtsradikale Gruppierungen wie „Offensive für Deutschland“ (OfD) oder „Der Dritte Weg“ keinen Fuß fassen konnten;
- Werke wie BMW und Porsche, aber auch die Messe GmbH sich für das Willkommensbündnis engagieren.

Nach dem Montag dieser Woche ist deutlich, dass Legida ziemlich am Ende ist: nur 150 Menschen hatten sich versammelt. Der Spaziergang wurde abgesagt. Im Oktober findet kein Aufmarsch statt. Unsere Initiative hat den Dialog mit Muslimen und Geflüchteten verstärkt. Es fanden inzwischen zwei „Brückenfeste“ statt, die auf große Resonanz in der Bevölkerung stießen. Auch haben wir unsere Kundgebungen für den interreligiösen und interkulturellen Austausch genutzt. Hier verfolgen wir die Strategie, muslimische Gemeinden zum Mittun einzuladen, ihnen aber nicht vorzuschreiben, was sie tun oder sagen sollen.

#### **4 Der alltägliche Rechtsextremismus**

Der punktuelle Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Gedankengut von Pegida/Legida bis weit in die sog. Mitte der Gesellschaft vorgedrungen ist und die Alternative für Deutschland (AfD) trotz oder gerade wegen ihrer Radikalisierung weiter Zulauf hat. Mehr noch: 2015 bis heute wurden weit über 1.000 Straftaten gegen Geflüchtete, Asylbewerber und deren Unterkünfte begangen. Die Aufklärungsquote liegt im zweistelligen Bereich. Doch noch verheerender sind die Reaktionen auf diese Straftaten. Das wurde nach den Exzessen in Clausnitz am 18. Februar 2016 besonders sichtbar. Da wird zwar Empörung an den Tag gelegt, aber gleichzeitig werden die Täter zum „Pack“ oder „Mob“, zu „Verbrechern, die keine Menschen“ sind, zu einer kleinen verirrten Minderheit erklärt – und die Polizei hat meistens alles richtig gemacht. Wann endlich aber wird gesehen, dass es nicht der Mob ist, der die Zugänge zu Flüchtlingsunterkünften versperrt? Es sind ganz normale Bürgerinnen und Bürger. Es sind Menschen, die nichts dabei finden, auf Schwächere loszugehen, die – wie Tatjana Festerling von Pegida es klar zum Ausdruck gebracht hat – „auf Anstand scheißen“. Aber das steht nicht isoliert im Raum: Da sind die vielen Menschen in den Ortschaften, aber auch an den Bildschirmen, die offen und klammheimlich begrüßen, wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen oder die Ankunft von Geflüchteten blockiert wird – und die nun die Kölner Silvesternacht oder das Gerede Seehofers von der „Herrschaft des Unrechts“ zur Rechtfertigung ihres Treibens heranziehen. Wie sonst ist zu erklären, dass trotz der Anschläge und der offensichtlichen Nähe der Täter zur AfD deren Zustimmungsrate kontinuierlich steigt? Wie ist zu erklären, dass der Münchner Terroranschlag vom 22. August 2016 und sein rechtsradikaler Hintergrund kaum mehr diskutiert wird?

Doch noch etwas wird deutlich: Pegida und AfD sowie viele andere rechte Bewegungen in Europa verdanken ihren Erfolg nicht der Tatsache, dass sie sich nachhaltig um die Sorgen und sozialen Abstiegsängste von Bürgerinnen und Bürgern kümmern und neue Antworten auf die aktuellen politischen Entwicklungen geben. Da ist weitgehende Fehlangezeige. (Das hat sich ja bei der sog. Brexit-Kampagne gezeigt). Die meisten AfD-Wähler/innen sind – so die Analysen – zu über 70 Prozent mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage zufrieden. Also was veranlasst sie zu einem solchen Wahlverhalten? Sie sind keine „besorgten Bürger“ (der bin ich nämlich auch). Sie bringen mit ihrer Stimmabgabe ihren mehr oder weniger ausgeprägten

Rassismus zum Ausdruck und knüpfen an die althergebrachten rechten Strickmuster an: (subtile) Relativierung der Nazi-Verbrechen („Schluss mit dem Kriegsschuld-Kult“), Demokratieverachtung, Präferenz für autoritäre Präsidialsysteme, Nationalisierung der Politik, Fremdenfeindlichkeit, Antipluralismus, Amerika-Kritik (Hort der Dekadenz) und Putin-Verehrung („Putin, rette uns“), Religionsfeindlichkeit nicht nur gegenüber dem Islam, sondern auch gegenüber dem Glauben in der jüdisch-christlichen Tradition. Der Grund dafür ist ein klarer: die wesentlichen Glaubensüberzeugungen sind unvereinbar mit rechtem Denken. Gott sei Dank, dass wenigstens das die Protagonisten rechtsradikalen Denkens zu allen Zeiten erkannt haben.

## **5 Einschätzung**

Nun ist aber die Frage, wie denn die Gesamtsituation einzuschätzen ist. Dazu ein paar Überlegungen:

### **5.1 Menschenverfeindung**

Unabhängig von der Flüchtlingsfrage wird seit Jahren versucht, in der Gesellschaft rechtes Denken zu implementieren, das – vielleicht nicht immer bewusst – eine deutliche Affinität zur nationalsozialistischen Ideologie aufweist. Dieses Denken zeichnet sich vor allem dadurch aus, nationale Identität nicht aus sich heraus, sondern in Abgrenzung, vor allem Abwertung anderer Bevölkerungsgruppen zu bestimmen. Dieses nationalistisch-selektive Denken ist eine Säule des Rechtsextremismus. Hinzu kommt, dass durch die intensive Bewerbung Ostdeutschlands durch den organisierten Rechtsextremismus ein Nährboden vorhanden war und ist für jede Form von Menschenverfeindung: Fremdenfeindlichkeit und militante Aggression gegen Andersdenkende. Der üble Satz der Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling, mit dem sie am 11. Januar 2016 in Leipzig zu Straftaten aufrief, ist dafür ein alarmierendes Beispiel: *„Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern prügeln.“* Genauso ist auch ihr Gedanke zu bewerten: Hinter den Hooligans (gemeint sind Neonazis), die die *„blonde, weiße Frau“* (Björn Höcke) schützen, verberge sich *„eine Rebellion gegen unsere feminisierte Kultur, die Frauen und Muslime fördert und weißen Männern den Krieg erklärt.“* Nebenbei: Pegida hat sich nicht radikalisiert. So haben sie von Anfang an gehetzt, gehetzt, gehetzt.

### **5.2 Ein neues '68?**

Schon in den 90er Jahren habe ich mich gefragt, wann das ostdeutsche „'68“ nach der Friedlichen Revolution 1989 und der Deutschen Einheit eintreten und wie es aussehen wird. Das westdeutsche '68 setzte ca. 25 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus ein und hatte eine grundlegende Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens und der Demokratie zur Folge – begleitet von Verwerfungen: eine starke NPD auf der

einen und die RAF auf der anderen Seite. 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution befindet sich unsere Gesellschaft wiederum in einer Zeitenwende – gerade auch in Ostdeutschland. Kein Wunder, dass gesellschaftliche Konflikte in dem Moment aufbrechen, in dem viele dachten: jetzt kann die Deutsche Einheit als gelungen und als weitgehend abgeschlossen gelten. Ja, viele Ostdeutsche sind im neuen Deutschland angekommen. Die Generation, die um 1989 geboren wurde, hat inzwischen das Alter erreicht, da Familien gegründet werden und Ausbildungsgänge abgeschlossen sind. Umso schwieriger wird es für die heute 50-70-Jährigen, die 1989/90 vor allem als eine große Störung einer gesicherten Existenz erlebt haben. Sie haben die ihnen abverlangten Veränderungen weniger als Befreiung, schon gar nicht als Aufbruch zur Demokratie denn als große Anstrengung verbunden mit Verwerfungen in der Familie, dem sozialen Umfeld, der Arbeitswelt erfahren. Und nun, 25 Jahre danach, sehen sie eine Entwicklung auf sich zukommen, die sie erneut tief verunsichert: die Geflüchteten. Das erzeugt große Ängste und Frustgefühle. Gleichzeitig sehen sie, dass das neue Deutschland, repräsentiert durch Parlamente und Regierungen, alles mitmacht, was sie zutiefst ablehnen: Kriegseinsätze, Rüstungsexporte, Isolierung Russlands, Abbau der sozialen Gerechtigkeit, Nähe zur USA. Politik und Demokratie sind für diese Menschen bedrohliche Felder, auf denen sie nie heimisch geworden sind. In dieser Gemengelage sind Menschen vor allem in Ostdeutschland für Elemente der rechtspopulistischen Ideologie empfänglich, ja diese erscheinen ihnen attraktiv: Demokratieverachtung, Politiker-Bashing, Absage an Pluralität und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, ideologische Abschottung gegenüber dem Islam, Ablehnung einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft, Diskursverweigerung und eine niedrige Hemmschwelle zur Gewalt.

Genau diese Ideologie wird derzeit durch Pegida/Legida und die AfD bedient, ist aber in den vergangenen 25 Jahren schon längst in vielen Ortschaften durch die NPD und rechtsradikale Kameradschaften verankert worden und kann nun abgerufen werden. Warnungen, Einsprüche insbesondere in den Medien, lässt man nicht gelten, weil diese als Säule eines Systems angesehen werden, das nun offen abgelehnt wird. So kommt es zu der Absurdität, dass diejenigen, die jetzt bei Pegida/Legida mitlaufen, eine Anknüpfung an die Friedliche Revolution 1989 reklamieren („Dafür sind wir nicht um den Ring gegangen“ bzw. „Wir sind das Volk“), obwohl sie an den entscheidenden Demonstrationen im Oktober 1989 nicht teilgenommen haben. Die Aufgabe wird nun darin bestehen, dass wir in einen streitigen gesellschaftlichen Diskurs eintreten, durch den möglichst viele Menschen sich die freiheitliche Demokratie neu aneignen können. Das wiederum macht erforderlich, dass wir wieder viel stärker in Alternativen denken und dass die politischen Parteien unterschiedliche, profilierte Politikangebote machen – allerdings die durchaus wichtige Polarisierung mit der Notwendigkeit des Kompromisses verbinden. Dies wird nur gelingen, wenn wir Pluralität bejahen.

### **5.3 Grundwerte versus politische Opportunität**

Die starke Verunsicherung, die derzeit eine größer werdende Anzahl von Menschen verspürt (Gott sei Dank nicht die Mehrheit), ist Ausdruck davon, dass die unaufgebbaren Grundwerte, deren Akzeptanz wir den Geflüchteten zu Recht abverlangen, weder bewusst sind noch auf einem Konsens beruhen. Mehr noch: Sie werden von denselben Leuten infrage gestellt bzw. beiseite geschoben, die sie von Migranten wie selbstverständlich einfordern. Das Paradebeispiel ist die Kritik an der Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage. Merkel hat Anfang September 2015 den Grundwert der Menschenwürde über die politische Opportunität gestellt – und wird dafür seit Monaten geprügelt, insbesondere von der CSU und Horst Seehofer. Im Mittelpunkt der Kritik steht bezeichnender Weise nicht, was Merkel bzw. die Bundesregierung seit dieser Zeit versäumt haben zu tun – und das ist eine Menge. Im Mittelpunkt steht ihre Haltung, Menschen menschlich zu behandeln. Wie soll aber die Menschenwürde (Artikel 1 Grundgesetz) als absoluter Maßstab vermittelt werden, wenn er ständig durchlöchert wird? Wir müssen uns also verständigen über die Grundwerte, wie wir sie selbst anwenden wollen und wie wir das Verhältnis von Grundwerten zu realem politischen Handeln sehen – und das ist nicht zuletzt eine sozialpolitische Herausforderung.

### **5.4 Wie die Auseinandersetzung führen**

Wir brauchen die offene Debatte, den streitigen Diskurs. Wir brauchen die Bereitschaft, diese mit offenem Visier auf allen Ebenen zu führen. Nur so kann sich eine demokratische Streitkultur entwickeln, an der es uns mangelt. Natürlich müssen wir mit jedem reden, auch mit Anhängern von Pegida/Legida und der AfD. Aber wenn wir dies tun, dann muss deutlich bleiben und werden, von welcher Position aus wir in die Debatte einsteigen und welche Ziele wir verfolgen. Nur so werden wir Klarheit darüber gewinnen, was denn die fundamentalen Werte des Zusammenlebens sein sollen und wie wir sie anzuwenden gedenken. Da herrscht in unserer Gesellschaft überhaupt keine Einigkeit. Ebenso sind vielen Menschen die Quellen der Grundwerte weitgehend verschlossen – Folge des Bedeutungsverlustes der Kirchen, aber auch eine Abwesenheit der Suche nach den Quellen in Schulen und Hochschulen (was wiederum mit Ersterem zu tun hat).

Hinzu kommt, dass viele Menschen über kein inneres Krisenmanagement verfügen, das ihnen erlaubt, mit den Verwerfungen des Lebens (eigenes Versagen, Krankheit, Tod) menschlich umzugehen – eine Ursache für die schnelle Verunsicherung. Ein solches Krisenmanagement fällt nicht vom Himmel – und setzt sich aus vielen einzelnen Teilen zusammen: Persönlichkeit, Glauben, soziale Haltung, Vorbild. Kinder können nicht früh genug den Schattenseiten und der Vielfalt des Lebens begegnen. Wer als Kind mit der Musikschule oder Kurrende in einer Flüchtlingsunterkunft gesungen hat und da das Elend der Menschen, aber auch die Freude über menschliche Zuwendung erlebt, wird sich den Grundwert der Menschenwürde schnell

aneignen und kaum einer platten Fremdenfeindlichkeit verfallen. Das gleiche gilt für Begegnungen in Pflegeheimen, im Gefängnis, einer Obdachlosenunterkunft, in einer islamischen Gemeinde. Solch Ängste überwindendes Kennenlernen des und der Fremden bewirkt in Sachen Menschenwürde mehr als alles Reden. Wo diese Begegnungen aber nicht (mehr) stattfinden und dann auch noch das Selfie-Bewusstsein um sich greift, müssen wir uns nicht wundern über ein angstbesessenes Sicherheitsdenken und eine egomanische Kaltherzigkeit gegenüber dem hilfsbedürftigen Nächsten.

### **5.5 Führung und Verantwortung übernehmen**

Ganz wichtig ist, dass diejenigen, die in unserer Gesellschaft Führungspositionen innehaben (und das fängt spätestens bei der Kita-Leiterin an), sich darüber im Klaren sind: Wie ich rede, was ich sage, welche Überzeugungen ich vertrete, welche Haltung ich einnehme – all das prägt andere Menschen. Denn daran können andere ablesen, worauf es mir selbst ankommt. Daraus erwächst eine hohe Verantwortung – insbesondere auch für das Zusammenleben in der Demokratie und für die Aneignung der Grundwerte. Es geht nicht darum, dass wir die Grundwerte der Verfassung 100-prozentig umsetzen. Es wird immer ein Graben klaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Aber das eigene Scheitern wie der Missbrauch dürfen nicht zum Maßstab des Handelns werden. Maßstab muss die positive Kommunikation und Anwendung der Grundwerte bleiben. Darum sollten wir endlich damit aufhören, diejenigen, die sich an den Grundwerten orientieren und ihr Handeln danach ausrichten, als „Gutmenschen“, als „Träumer“, als „Illusionisten“ der Lächerlichkeit preiszugeben. Denn unsere Gesellschaft wird nicht durch Zynismus zusammengehalten, sondern durch die, die sich seit Monaten in einer großen demokratischen Kraftanstrengung den Rechtspopulisten und Hetzern entgegenstellen und die sich Tag für Tag für Geflüchtete, für Obdachlose, für Pflegebedürftige einsetzen. Denen muss der Rücken gestärkt werden, anstatt sie durch medialen Dauerbeschuss mit den Dingen, die unbestritten schief laufen, zu demoralisieren. Eine Änderung der Gewichtung ist überfällig.

### **5.6 Populismus entlarven**

Mit einem letzten Punkt will ich schließen. Wir reden derzeit viel vom Rechtspopulismus. Was aber ist das Wesen dieser politischen Richtung, die derzeit mit Namen wie Trump, Le Pen, Wilders, Kaczyński, Höcke verbunden sind: die Behauptung, dass sie die Volksinteressen vertreten, wobei eben alle anderen möglichen Sichtweisen ausgegrenzt werden. Dahinter steht eine antipluralistische Haltung. Es geht dem Populisten um einen Alleinvertretungsanspruch. Der Politologe Jan-Werner Müller hat dazu ein sehr interessantes Interview auf ZEITonline gegeben (<http://www.zeit.de/zeit-wissen/2016/05/populismus-politikwissenschaft-jan-werner-mueller-interview>). Dort zitiert er einen Satz von Donald Trump vom Mai 2016:

*Das einzige, was zählt, ist die Einheit des Volkes. All die anderen Menschen zählen nicht.*

Genau das ist derzeit das politische Problem mit der AfD. Auch dort wird ein Volkswillen reklamiert, der der Politik entgegengestellt wird: Wir sind das Volk und ihr seid die Volksverräter. Jürgen Elsässer – Herausgeber des rechtsextremistischen Organs COMPACT – schrieb:

*COMPACT bleibt die überparteiliche Stimme der Volkssouveränität und wird die AfD nur solange und insofern stützen, wie sie nicht zur Beute partikularer oder persönlicher Interessen wird, sondern der Parole folgt: ‚Alle Macht dem Volke‘.*

Diese Volkssicht ist im Kern antidemokratisch, weil der Volksbegriff inhaltlich auf die begrenzt wird, die aus einem nationalistisch-verengten Blickwinkel dazu gehören: im weitesten Sinn die Deutschen, aber dann doch nur die, die ihr Deutschsein über Generationen nachweisen können, oder die bestimmten, normierten Lebensweisen folgen. Dieser Volksbegriff schließt demokratischen Wandel und Pluralismus aus: Es gibt nur ein wahres Volk, Deutschland, und das hat nur einen wahren Vertreter, die AfD oder Pegida. Wer das nicht akzeptiert, gehört nicht dazu - weder moralisch, noch politisch. Man kann Müller nur zustimmen, wenn er in dem Interview resümiert:

*Populismus ist keine Krankheit, sondern eine permanente Gefahr.*

Darum sehe ich uns durchaus im Kampf um Demokratie und Pluralismus. Diesen können, ja müssen wir uns stellen – gerade im Reformationsjahr 2017:

- Pluralismus leben
- Andersartigkeit bejahen
- sich am demokratischen Diskurs beteiligen

Die Demokratie ist zu wertvoll, als dass wir sie leichtfertig aufs Spiel setzen. Denn mit der Demokratie, wenn wir sie verspielen, gehen auch die Grundlagen unseres Glaubens verloren.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.  
Beratung für Kirche, Politik und Kultur  
[www.wolff-christian.de](http://www.wolff-christian.de)